Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7590**

14. Wahlperiode 26. 11. 2001

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zu der dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2002
– Drucksachen 14/6800 Anlage, 14/7313, 14/7321, 14/7322, 14/7323, 14/7537 –

hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Bundeswehr ist von der rot-grünen Regierungskoalition durch massive Kürzungen im Verteidigungshaushalt das finanzielle Fundament entzogen worden. Gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung der früheren CDU/CSU-geführten Bundesregierung muss die Bundeswehr mit fast 20 Mrd. DM weniger auskommen. Die 767 Mio. Euro (1,5 Mrd. DM) aus dem sog. Anti-Terror-Paket der Bundesregierung für die Bundeswehr sind nur ein erster Schritt, um die notwendigen Investitionen zu finanzieren. Die langfristige Modernisierung der Bundeswehr und eine Anpassung ihrer Ausrüstung an die Herausforderungen der Zukunft ist mit dieser Aufstockung allein nicht möglich. Die sog. Reform der Bundeswehr ist gescheitert.

Die Bundesregierung hat der Bundeswehr ungeachtet der Finanzkürzungen immer umfangreichere internationale Verpflichtungen aufgebürdet. Die im Rahmen der „Defence Capabilities Initiative“ der NATO gemachten Zusagen zur Beseitigung ausrüstungstechnischer Defizite sowie die Bereitschaft zur Bereitstellung einer Europäischen Verteidigungsfähigkeit im Rahmen der „European Headline Goals“ sind nicht einzuhalten. Die Bundeswehr ist nur noch bedingt bündnis- und einsatzfähig. Das internationale Ansehen der Bundesregierung ist auch dadurch erheblich beschädigt und ihre Handlungsfähigkeit nicht mehr gewährleistet.

Das Vertrauen der Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr in die politische Führung des Bundesministeriums der Verteidigung ist längst geschwunden. Resignation und Motivationsverlust prägen den Alltag in der Bundeswehr. Es ist nur der bemerkenswerten Disziplin unserer Soldaten zu verdanken, dass sie in Anbetracht von Standortschließungen, Funktionsverlusten und Fähigkeitsabbau weiterhin hervorragende Leistungen im In- und Ausland erbringen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf, im Haushaltsjahr 2002 zusätzlich 1,53 Mrd. Euro (3 Mrd. DM) im Verteidigungshaushalt einzuplanen, um den notwendigen Umbau der Bundeswehr mittelfristig angemessen und planungssicher finanzieren zu können. Darüber hinaus muss der Verteidigungsetat um 6 % jährlich weiter aufgestockt werden, um den ange-

häuften Investitionsstau zumindest langfristig aufzulösen. Dabei soll das Ziel anvisiert werden, einen investiven Anteil von ca. 30 % am Verteidigungshaushalt zu erreichen.

Berlin, den 26. November 2001

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333